Niederschrift BMB/024/2009

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Beirates Menschen mit Behinderung der Stadt Rheine
am 11.05.2009

Die heutige Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderung der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungsraum 104 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Heinz Thalmann

1. stellvertretender Vorsitzender:

Herr Franz-Josef Meinert

Mitglieder:

Frau Regina Allgaier

Herr Bernhard Blankmann

(Vertreter für Frau Fahrendorf)

Frau Petra Ernsting-Hagemeier

Herr Dieter Fühner CDU

Herr Claus Meier

(Vertreter für Frau Varbelow)

Herr Wilfried Wewer

Vertreter:

Herr Richard Gröpler

(stellv. Mitglied)

Frau Claudia Hilbig

(stellv. Mitglied)

Frau Ulrike Stockel SPD

(stellv. Mitglied)

Herr Rüdiger Verlage

(stellv. Mitglied)

Verwaltung:

Frau Angelika Hake

Entschuldigt fehlten:

Mitglieder:

Frau Hildegard Fahrendorf

Frau Monika Varbelow

Der Vorsitzende, Herr Thalmann, begrüßt die Mitglieder des Beirates und fragt nach Ergänzungen zum Tagesordnungspunkt.

Öffentlicher Teil:

1. Bericht und Information der Verwaltung

Berichterstattung durch: Frau Angelika Hake

Die Landesbehindertenbeauftragte, Frau Angelika Gemko, fordert:

Der Landtag muss Barrierefreiheit im Investitionsfördergesetz NRW festschreiben. Die Behindertenbeauftragte des Landes NRW teilt mit, sie habe den Landtag aufgefordert, „Barrierefreiheit“ als wichtiges gesellschaftspolitisches Ziel in § 1 des Investitionsfördergesetzes NRW (InvföG) verbindlich festzuschreiben. Mit Steuermitteln finanzierte Investitionen müssen nachhaltig sein, nur dann erfüllen diese Investitionen aus dem Konjunkturpaket in der sozialen Infrastruktur die bundesrechtlichen Voraussetzungen. Diese Nachhaltigkeit sei nur zu erreichen, wenn Krankenhäuser, öffentliche Gebäude, Sportstätten, Schulen und Verkehrsmittel zukünftig von behinderten und älteren Menschen nutzbar sind (Anhörung am 17. März 2009 im Landtag zur Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes, Konjunkturpaket II).

Das Investitionsfördergesetz regelt die praktische Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes. § 4 Abs. 3 des Zukunftsinvestitionsgesetzes gibt bundesrechtlich vor, dass Investitionen nur zulässig sind, wenn die geförderten Infrastrukturmaßnahmen auch unter Berücksichtigung der absehbaren demografischen Veränderung nachhaltig sind.

**2. "Barrierefreies Bauen" Haushaltsmittel 2010
- Bildung einer Arbeitsgruppe**

Die Arbeitsgruppe bildet sich aus den Mitgliedern des BMB: Herr Thalmann, Herr Meinert, Herr Fühner, Herr Meier und Frau Hake von der Koordinierungsstelle für Behindertenarbeit. Es geht darum, Vorschläge für barrierefreie Maßnahmen für das Jahr 2010 zu erarbeiten. Die Vorschläge werden in einer späteren fachbe-

reichsübergreifenden Arbeitsgruppe „Barrierefreies und behindertengerechtes Bauen“, die aus Vertretern des Beirates für Menschen mit Behinderung, Seniorenbeirat und Vertretern/Vertreterinnen der Verwaltung bestehen, eingebracht.

3. UN-Behindertenrechtskonvention - Ratifizierung durch die Bundesrepublik Deutschland - Auswirkungen auf die Gesetzgebung

Vorab gab es schriftlich zur Einladung diverse Unterlagen (Sachaufsätze) zum Thema sowie schriftliche Hinweise auf Downloads von der Bundesbeauftragten für die Belange behinderter Menschen, sodass sich die Beiratsmitglieder umfassend informieren konnten.

Herr Thalmann gibt eine kurze Übersicht zum Inkrafttreten der UN-Konvention. Der Bundestag und der Bundesrat haben das „Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderung“ der Vereinten Nationen ratifiziert. Dieser Vertrag gilt rückwirkend seit dem 1. Januar 2009 auch für Deutschland. Mit dem Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderung werden erstmals die Menschenrechte für die Lebenssituation behinderter Menschen in einem völkerrechtlichen Vertrag konkretisiert. Eine Studie im Auftrag der Vereinten Nationen ergab, dass die bisherigen Menschenrechtsverträge behinderte Menschen nicht ausreichend schützen und ihre besonderen Menschenrechts-Situationen ungenügend berücksichtigen, obwohl die Verträge grundsätzlich für alle Menschen gelten. Die Studie stellt fest, dass sie für Menschen mit Behinderung häufig gar nicht umgesetzt wurden. Viele Staaten setzten nur sozialpolitische bzw. gesundheitspolitische Vereinbarungen um.

Der Artikel 1 des Übereinkommens nennt deshalb als Zweck, den „vollen und gleichberechtigten Genuss aller Menschenrechte und Grundfreiheiten durch alle Menschen mit Behinderung zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten und die Achtung der ihnen innewohnenden Würde zu fördern.“ Die Vertragsstaaten sind verpflichtet, eine andere Denkweise im Umgang mit den Belangen behinderter Menschen zu entwickeln: Vorurteile gegenüber Menschen mit Behinderung müssen bekämpft werden, Gesetze und Sitten, die die behinderten Menschen benachteiligen, müssen beseitigt werden.

Das Übereinkommen erkennt das Recht der Menschen mit Behinderung auf eine umfassende Teilhabe in allen Lebensbereichen an. Hierzu gehören das Recht auf:

- ein unabhängiges Leben außerhalb von besonderen Einrichtungen
- eine eigene Familie
- eine Beschäftigung
- einen angemessenen Lebensstandard
- einem sozialen Schutz
- den gleichen Zugang zur Bildung
- die Teilhabe am öffentlichen und kulturellen Leben
- den Schutz vor Gewalt, Ausbeutung und Missbrauch und die Beseitigung der mehrfachen Diskriminierung von Frauen und Mädchen mit Behinderungen.

Die größte und strittigste Herausforderung bedeutet der Artikel 24 des Übereinkommens für das deutsche Bildungssystem. Dieser Artikel fordert von den Vertragsstaaten die Gewährleistung von „Inklusive-Iducation“ (in der englischen Fassung). In der deutschen Fassung wurde dies mit „integratives Bildungssys-

tem“ übersetzt. Zahlreiche Verbände in Deutschland sehen in einem Inklusiven-Bildungssystem eine wichtige Weiterentwicklung der Integration und kritisieren die Übersetzung. Die verschiedenen Lebensbereiche und Aspekte für Menschen mit Behinderung werden lebhaft diskutiert. Die Ratifizierung des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderung unterstreicht die bisherige Arbeit des Beirates für Menschen mit Behinderung und bestärkt ihn in seiner Arbeit für die betroffenen Menschen.

Wir sind nicht mehr Bittsteller für diesen Personenkreis, sondern, so Herr Meiner, jetzt haben die Menschen mit Behinderung auch gleiche Bürgerrechte und sind nicht auf Goodwill-Aktion anderer angewiesen.

Die Politik und die Verwaltung in Deutschland sind jetzt aufgefordert, künftige Entwicklungen anhand dieses Übereinkommens/Vertrages zu überprüfen. Dies gilt auch für das Handeln auf kommunaler Ebene. Der von Herrn Thalmann gemachte Vorschlag, die einzelnen Lebensfelder, die im Handlungsplan für behinderte Menschen der Stadt Rheine fortgeschrieben werden, im Sinne der UN-Konvention sukzessiv zu überprüfen. Dazu gehören nicht nur die Ist-Standerhebungen mit den aktuellen Daten, sondern auch der Dialog mit den Akteuren in den jeweiligen Lebensfeldern. Der Beirat stimmt dieser Vorgehensweise zu.

4. "Barrierefreiheit in der Region" - LEADER-Projekt "Arbeitskreis Wirtschaft"

Herr Thalmann berichtet kurz über das derzeitige LEADER-Projekt „Barrierefreiheit in der Region – Modul barrierefreie Landerlebnisse“. Es geht unter anderem darum, wie die Vermarktung der Produkte im ländlichen Raum besser gestaltet werden kann. Ein weiterer Schritt soll getan werden. Es geht um eine Kooperation der Kreishandwerkerschaft Steinfurt-Warendorf mit den Behindertenbeiräten und Seniorenbeiräten im Kreis Steinfurt, die zum Ziel hat, einen Flyer und eine Broschüre über Barrierefreiheit zu erstellen. Mit angesprochen sind die dazugehörigen Fachleute aus den Gemeinden, Städten und der Kreisverwaltung. Es soll demnächst eine gemeinsame Veranstaltung in der Kreishandwerkerschaft, Geschäftsstelle Rheine, stattfinden.

5. Arbeitsergebnisse aus der Beiratstätigkeit

- Sportspielplatz auf dem Gelände des TV Jahn – Rheine

Herr Thalmann berichtet über die 2. Zukunftswerkstatt am 28. März 2009 zur Planung des Sportspielplatzes. Eingeladen waren interessierte Mitglieder des TV Jahn, der Kinderbeirat, Vertreter und Vertreterinnen der Senioren und der Menschen mit Behinderung und zuständige Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Stadtverwaltung. Es gab verschiedene Vorschläge und Anregungen:

- Schattenflächen sind unbedingt notwendig. Die Boule-Bahn sollte sichtbar werden. Eine Finn-Bahn sollte als Parcours um die Anlage gelegt werden.
- Senioren wünschen sich Geräte für Gleichgewichtsübungen, aber auch eine Bahn zum Eisstockschießen.
- Vorschläge waren ein Sinnesgarten und ein Trampolin. Neue Idee ist ein Turngeräteplatz. Weiteres Stichwort war Sport und Natur, eine Art Wis-

sensparcour, insbesondere auch für Schulklassen. Deutlich wurde, dass die Anlage auch durch regelmäßige Programmangebote attraktiv gemacht werden soll.

- Barrierefreie Zugänglichkeit der Spielanlage

Für die Baumaßnahmen stehen 90.000,00 € zur Verfügung.

- Presseartikel Mehrfamilienhaus Rubensweg ...

Herr Thalmann berichtet über seinen Einsatz in einem Streitfall eines behinderten Mieters, der eine Rampenanlage am Wohnhaus einfordert. Die Ausgangssituation ist: 36 Mietparteien/Eigentümer müssen schriftlich einverstanden sein, dass eine Rampenanlage vor dem Wohn-/Hochhaus angebaut wird. Der Wohnungs-Verein Rheine, der das Haus verwaltet, hat auch Herrn Thalmann als Vorsitzenden des Beirates für Menschen mit Behinderung in diesen Konflikt einbezogen. Es kam zu einer Eigentümerversammlung, in der 35 Parteien sich für einen Einbau einer Rampenanlage ausgesprochen hatten. Eine Partei war dagegen. Erfreulicherweise sei jetzt diese Person auch bereit, sich an den Kosten für eine Rampenanlage zu beteiligen. Der Wohnungs-Verein wartet noch auf eine schriftliche Zusage. Herr Thalmann ist froh, dass er diese kritische Sache positiv begleiten konnte.

- Wahllokale in Rheine

Herr Meier wird, damit sehbehinderte und blinde Menschen eigenständig an der Europawahl teilnehmen können, zusätzlich 60 Wahlschablonen vom Blinden- und Sehbehindertenverein Westfalen anfordern. Über das Wahlamt und die Stadt-pressestelle werden die Informationen rechtzeitig an die Bürgerschaft weitergegeben.

Frau Hake erklärt, dass sie an den Fachbereich 7 „Interner Service“ eine Checkliste über Barrierefreiheit in Wahllokalen zwecks Überprüfung zugesandt hat. (Abfrage als Raster)

6. Berichte aus den Ausschüssen

- Schulausschuss

Frau Allgaier, Mitglied im Schulausschuss, berichtet über 2 Sitzungen des Schulausschusses. Davon gab es eine gemeinsame mit dem Bauausschuss. Unter anderem wurden über die offenen Ganztagsangebote gesprochen, wie z. B. das offene Ganztagsangebot der Annetteschule, an dem auch die Kinder mit Behinderung teilnehmen. Zusätzlich kommen auch 10 Schüler von der Peter-Pan-Schule.

Frau Allgaier berichtet über gute Erfahrungen, die die Kinder der Peter-Pan-Schule durch das offene Ganztagsangebot machen. „Angeblich soll sich das Verhalten verbessert haben“, so berichten die Lehrer. Die Zusammenarbeit zwischen den Schulen sei erfreulich.

- Bauausschuss

Aus dem Bauausschuss berichten Frau Allgaier und Herr Meier über die Planungen zum Bau der Mensa und des Verwaltungstraktes der Don-Bosco-Schule, die barrierefrei ausgestaltet werden sollen. Weiterhin berichten beide ergänzend ü-

ber die Einweihung der Mensa der Elisabethschule mit dem dazugehörigen Fahrstuhl, Kommentar: Alles barrierefrei zugänglich.

Herr Meier berichtet kurz über das EmsRadwegekonzept, das aber zu einem späteren Zeitpunkt ausführlicher von Herrn Weber, Pressereferat, im Beirat vorgestellt werden soll.

- Sozialausschuss

Herr Thalmann berichtet über den Vortrag „Wohnen für Menschen mit Behinderung, Entwicklung und Ziele“ am 28. April 2009 gemeinsam mit Frau Hake im Sozialausschuss. In einem ersten Vortrag am 4. Dezember 2008 war „man auf die Zuständigkeiten eingegangen“. Herr Thalmann verliest den Beschluss. Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen des Vorsitzenden des Beirates für Menschen mit Behinderung der Stadt Rheine und der Koordinatorin für Behindertenarbeit der Stadt Rheine zu den Abfragen zum Wohnen behinderter Menschen an die Träger für Wohnheime, die Anbieter des ambulant Betreuten Wohnens und die Alten- und Pflegeheime in der Stadt Rheine zur Kenntnis. Der Sozialausschuss unterstützt die Notwendigkeit zur Schaffung von Wohnplätzen für Menschen mit hohem Hilfebedarf im Raum Rheine.

- Stadtentwicklungsausschuss

Herr Verlage spricht von einem Vorentwurf eines mehrstöckigen Hauses, eine Art Turmhaus, neben dem Emstorhaus. Weiter berichtet er über eine Bauanfrage zu einer mehrstöckigen Hotelanlage neben der Diskothek Köpi am Ring. Die jetzt noch vorhandenen Behindertenparkplätze sollen an die Kolpingstraße verlegt werden.

7. Informationen, Anregungen, Termine

- Projekt „Wir sehen weiter“

Herr Meier stellt das Projekt „Wir sehen weiter“ vor. Mit Unterstützung des nordrhein-westfälischen Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales haben der Blinden- und Sehbehindertenverein Westfalen ein Jahr lang 51 Berater, darunter auch seine Person, ausgebildet, die zukünftig in einem landesweiten Netzwerk ehrenamtlich Menschen zur Seite stehen werden, die erblinden oder unter einer Sehbehinderung leiden. Der Fachbereich Jugend, Familie und Soziales unterstützt dieses Projekt. Mit dem Vorstand des VdK wurde geklärt, dass er (Herr Meier) im Raum 210 des VdK in der 2. Etage, Neues Rathaus, seine Sprechstunden abhalten kann, und zwar am 2. Donnerstag im Monat von 09:00 bis 12:00 Uhr, beginnend ab dem 12. März 2009. Herr Meier ist unter der Telefonnummer 05971 913227 auch außerhalb der angebotenen Sprechzeit zu erreichen. Es gab bisher zeitnahe Pressearbeit durch das städtische Pressereferat. Jeweils vor den einzelnen Beratungsterminen werden Pressenotizen veröffentlicht.

- Stadtjugendring

Frau Stockel berichtet:

Am 16. Mai 2009 bietet der Stadtjugendring (Geschäftsstelle) die Veranstaltung „Youth open“ an. 20 Vereine aus der Jugendarbeit bieten verschiedenste Aktio-

nen für Kinder und Jugendliche an, und zwar von 10:00 bis 14:00 Uhr auf dem Gelände des Josef-Winckler-Zentrums. Zusätzlich gibt es ein Kommunalwahl-Spezial, eine Art Gesprächsaustausch mit Lokalpolitikern zwischen 16:00 und 17:00 Uhr und anschließend eine Podiumsdiskussion.

- Werkstatt in Aktion

Herr Fühner spricht eine Einladung an den Beirat für Samstag, den 16. Mai 2009, aus. Anlässlich der Einweihung der Erweiterungsbauten der Caritas-Emstorwerkstätten wird ab 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr unter dem Thema „Werkstatt in Aktion“ ein Tag der offenen Tür stattfinden. An diesem Nachmittag werden Menschen mit Behinderung, die freiwillig arbeiten wollen, in den verschiedenen Bereichen an ihren Arbeitsplätzen aktiv anzutreffen sein.

8. Verschiedenes

- Internet (barrierefrei) in der Stadtbibliothek

Herr Meier wird auf einen internettauglichen Computer, der barrierefrei für sehbehinderte und blinde Menschen ist, von Herrn Thalmann angesprochen. In der Stadtbibliothek gibt es einen barrierefreien Computer, der den Stadtbibliothekskatalog aufzeigt. Der extern ausgerichtete Apple iMacs-Computer, für den es sehr schwierig ist, barrierefreie Software zu bekommen, ist zwar vorhanden, aber eben noch nicht für blinde und sehbehinderte Menschen einsetzbar. Eine Mitarbeiterin der Stadtbibliothek kümmert sich aber weiterhin darum, eine entsprechende Software für den Apple iMacs-Computer zu bekommen.

Ende der Sitzung:

18:40 Uhr

gez. Heinz Thalmann

gez. Angelika Hake

Ausschussvorsitzender

Schriftführerin